

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/019(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 27.04.2007	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:15Uhr

Leitung: Oberbürgermeister
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom
09. 03. 2007
- 4 Anträge
 - 4.1 Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07
Interfraktionell
 - 4.1.1 Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/1
Interfraktionell
 - 4.1.2 Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/2
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.1.3 Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/3
- 4.1.4 Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/4
- 4.1.5 Veräußerung von Anteilen der Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: S0036/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 4.2 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07
Stadtrat Jens Ansoerge CDU-Fraktion Stadtrat Martin Danicke SPD-Fraktion Stadtrat
Dr. Hildebrand Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 4.2.1 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/1
Oberbürgermeister
- 4.2.2 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/2
Fraktion BfM
- 4.3 Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
Vorlage: A0022/07
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.3.1 Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
Vorlage: S0071/07
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5 Informationen
- 5.1 Auswertung des sog. "Seitz-Gutachtens" des Landes
Vorlage: I0078/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

Der Bg I, Herr Platz, und die Teamleiterin 1 des FD 01.2, Frau Jeanvre, nehmen an der öffentlichen Sitzung teil.

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. Trümper, eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

In Ergänzung zur Tagesordnung liegt die DS 0166/07 - Personalangelegenheit - als **TOP 7.4.** vor.

Zum Vorschlag des Oberbürgermeisters, den TOP 4.2. – Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates - zu vertagen, da der zuständige Fachausschuss KRB den Antrag noch nicht beraten hat, gibt es von Seiten der Mitglieder des Verwaltungsausschusses keinen Widerspruch.

TOP 4.3. entfällt, da der Antrag A 0022/07 – Aktionsplan gegen Rechtsextremismus - am 19.04.07 im Ausschuss Juhi von SR Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zurückgezogen wurde. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen behält sich dazu noch eine Entscheidung vor.

Der Oberbürgermeister informiert, dass er den Geschäftsführer der MVB auf Wunsch der Findungskommission Verwaltungsausschuss (Geschäftsführer) im Ergebnis der Sitzung vom 25.04.07 zu 16.00 Uhr eingeladen hat (als TOP 10.1.).

Die so veränderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 09. 03. 2007

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Anträge

4.1. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH Vorlage: A0004/07

Der Oberbürgermeister bittet die Einbringer des interfraktionellen Antrages um eine Begründung zum Zweck des Antrages.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, legt aus den Erfahrungen heraus dar, dass sich das derzeitige Konstrukt eher hinderlich als förderlich erweist. Der Antrag dient dazu, dass die Gewerbetreibenden mehr Freiraum zur Entscheidung erhalten. Je besser die Unternehmer den Weihnachtsmarkt gestalten und sie sind dabei auf einem guten Weg, desto mehr kann sich die Stadt zurückziehen. Die Vertragsgestaltung sollte aber in der Weise erfolgen, dass die Stadt zu jeder Zeit und Stunde wieder eingreifen kann.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS führt aus, dass das Interesse der Stadt darin besteht, einen exzellenten Weihnachtsmarkt zu haben. Wesentliche Gründe für die GmbH-Bildung waren, alle Akteure unter einen Hut zu bekommen, um bei der Ausräumung von Interessenkonflikten ausgleichend zu wirken. Dies ist im wesentlichen passiert. Die Schausteller gehen achtungsvoll miteinander um.

Ziel des interfraktionellen Antrages ist es, die Struktur so zu gestalten, dass die Fachleute mehr Einfluss darauf haben, was auf dem Weihnachtsmarkt günstiger gestaltet werden kann und gleichzeitig den Einfluss der Stadt nicht völlig zurückzunehmen. Dass die Rahmenbedingungen stimmen, der Zeitraum für den Weihnachtsmarkt festgelegt wird etc. ist Sache der Stadt. Dies muss aber nicht in einer Gesellschafterversammlung behandelt werden. Schon aus der Sortimentsfestlegung sollte sich die Stadt heraushalten. Die Mitgeschafter wollen die Stadt auch weiterhin im Boot haben, sich aber auch weiter entfalten können. Die Stadt sollte als Mehrheitsgeschafter den Mitgeschaftern Anteile zur Übernahme anbieten.

Herr Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, führte aus, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein kann, den Weihnachtsmarkt durchzuführen. Er schließt sich den diesbezüglichen Ausführungen des Stadtrates Brüning an. Das Mitspracherecht der Stadt sollte aber gewahrt werden. Er spricht sich für eine 20%ige Beteiligung aus.

Bg I legt dar, dass er mit vorliegender Stellungnahme versucht hat, die Varianten ausgewogen darzustellen, die auch schon zum Zeitpunkt der Gründung der GmbH denkbar gewesen wären. Nach seiner Überzeugung und Erfahrung besteht das Interesse der GmbH in der gemeinsamen konstruktiven Zusammenarbeit. Das Interesse der GmbH ist nicht identisch mit der Summe der Einzelinteressen, diese sind teilweise aufgrund der objektiven Interessenlagen gegenläufig. Er macht Letzteres an konkreten Beispielen deutlich. Er weist im Weiteren darauf hin, dass 90 % aller Beschlüsse in der Weihnachtsmarkt GmbH einstimmig gefasst wurden. Er ruft in Erinnerung, dass mit der Einbindung eines Mitarbeiters des FB 32 in die Geschäftsführung der Weihnachtsmarkt GmbH dem Wunsch der Geschafter entsprochen wurde, dieser Wunsch aber mit einer Antragstellung im Februar 2007 durch die Mitgeschafter rückgängig gemacht wurde. Bg I geht auf die Geschäftsführerproblematik ein und legt abschließend dar, dass er auch für andere Modelle der Weihnachtsmarkt GmbH offen ist, warnt aber vor der Illusion, dass bei einem veränderten Modell Interessenkonflikte ausgeschlossen werden.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erinnert daran, dass in der MMKT eine zumindest vergleichbare Situation bezüglich der Gesellschafteranteile und der Interessenlage besteht. Er unterstreicht die Verantwortung des Geschäftsführers für die Umsetzung des Geschäfts und weist darauf hin, dass kein Gesellschafter in direkter Form in die Durchführung des Geschäftes einwirkt. Von daher ist ihm die Diskussion und die Begründung, beispielsweise des Stadtrates Brüning, unverständlich.

Stadtrat Westphal empfiehlt, sich dem Änderungsantrag A 0004/07/3 des Ausschusses KRB, identisch mit dem Änderungsantrag A0004/07/4 des Ausschusses RWB, anzuschließen und nach Vorlage des Prüfungsergebnisses der Verwaltung gemäß Änderungsantrag das Thema weiter zu erörtern.

Der Oberbürgermeister legt mit Verweis auf die GO LSA dar, dass es unter dem Aspekt der zu sichernden Einflussrechte der Stadt keinen Sinn macht, Gesellschaftsanteile der Stadt zu veräußern. Da mit einer 20%igen Beteiligung der Stadt keine Effekte verbunden sind, sollte die Stadt in diesem Falle auf eine weitere Beteiligung verzichten.

Bg I bekräftigt die Ausführungen des OB bezüglich der Einflussrechte der Stadt auch im Hinblick auf die Sicherung der Zulassungsrechte. Er verweist auf die Beachtung der durch den Stadtrat auferlegten Kriterien bezüglich der Zulassung von Wettbewerbern.

(Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, verlässt gegen 15.30 Uhr die Sitzung.)

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, führt aus, dass in der Gemeindeordnung nicht festgeschrieben ist, dass die Stadt Mehrheitsgesellschafter sein muss. Die GmbH ist auf 10 Jahre geplant. Die Stadt sollte sich Schritt für Schritt aus ihrer dominierenden Rolle als Mehrheitsgesellschafter zurückziehen, da der Bedarf nach dem jetzigen Stand der Entwicklung nicht mehr besteht. Sie sollte aber als Gesellschafter in dem Unternehmen verbleiben.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, spricht sich eingedenk von Beispielen aus der Vergangenheit für die weitere Mehrheitsbeteiligung der Stadt oder alternativ für das gänzliche Ausscheiden der Stadt als Gesellschafter aus der GmbH aus. Er hält eine 20 %ige Beteiligung der Stadt aufgrund der konträren Interessen für nicht ausreichend.

Stadtrat Sven Meinicke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, legt dar, dass er keinen Sinn in der Veränderung der Gesellschafteranteile sieht und es dafür auch keine Argumente gibt. Er meint, dass es der Qualität nicht zuträglich ist, wenn die Stadt nicht als Schlichter auftritt.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, vertritt die Auffassung, dass zwischen den beteiligten Partnern inzwischen eine Arbeitsweise eingekehrt ist, die der Zielfunktion entgegenkommt. Dies wird auch von allen Beteiligten bestätigt. Lt. § 116 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt muss sich die Kommune einen angemessenen Einfluss sichern. Dieser wird durch Gesellschaftsvertrag geregelt. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Kommune Mehrheitsgesellschafter sein muss. Er spricht sich im Sinne der Positionierung des Finanz- und Grundstücksausschusses für eine Prüfung der Änderung des Gesellschaftsvertrages bezüglich eines Gesellschaftsanteils der Stadt in Höhe von 20 % und die Übereignung der darüber hinaus gehenden Anteile der Stadt an die Mitgesellschafter unter Umgehung der Ausschreibung aus. Dies scheint ihm auch kein rechtliches Problem zu sein.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, legt dar, dass die Stadt auch bei 20 % Gesellschaftsanteilen bei Bedarf immer noch schlichtend einwirken kann. Er spricht sich ebenfalls für einen Gesellschaftsanteil der Stadt von 20 % aus, um die Interessen der Stadt angemessen zu wahren.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt fest, dass auch bei einem Gesellschaftsanteil von 20 % die Einflussnahme der Stadt gewahrt wird. Vor diesem Hintergrund steht die Frage, warum überhaupt die Dringlichkeit zum Verkauf von Gesellschafteranteilen so in den Vordergrund gestellt wird. Es sei denn, es stehen noch nicht bekannte Interessen dahinter.

Bg I macht auf Nachfrage des Stadtrates Westphal mit Bezug auf den 3. und 4. Änderungsantrag im Folgenden Ausführungen zum Verfahren bei Veräußerung von Gesellschaftsanteilen und im Falle des vollständigen Rückzuges der Stadt aus der Gesellschaft.

Stadtrat Stern stellt den GO-Antrag „Abbruch der Debatte“ und den Antrag, über den Änderungsantrag A0004/07/4 abzustimmen.

Der durch Stadtrat Stern gestellte GO-Antrag „Abbruch der Debatte“ wird einstimmig in „Ende der Rednerliste“ geändert und angenommen.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. Trümper, legt nach weiterer Diskussion dar, dass mit vorliegender Stellungnahme die Varianten mit der Präferenz der Beibehaltung der derzeitigen Strukturen oder des gänzlichen Ausstiegs der Stadt aus der Gesellschaft aufgezeigt werden. Die Verwaltung wird dementsprechend eine Drucksache vorbereiten.

Er führt abschließend aus, dass er die Einbringung des Antrages vor dem Hintergrund, dass ihm von Seiten der Schausteller keine diesbezüglichen negativen Hinweise gegeben wurden, als bemerkenswert empfunden hat. Er vertritt die Auffassung, dass die aufgezeigten Konflikte auch durch vernünftige Gespräche zu lösen sind.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag A 0004/07/03 (identisch mit dem Änderungsantrag A 0004/07/04) zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A 0004/07/03 zu beschließen.

Ein Votum des Verwaltungsausschusses zum Antrag A0004/07 hat sich damit erübrigt.

4.1.1. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/1

Eine Abstimmung erübrigt sich mit dem Votum zum Änderungsantrag A0004/07/03.

4.1.2. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/2

Eine Abstimmung erübrigt sich mit dem Votum zum Änderungsantrag A 0004/07/03.

4.1.3. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/3

- siehe auch TOP 4.1. -

Der Änderungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen , 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

4.1.4. Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: A0004/07/4

- Siehe TOP 4.1.

Der Änderungsantrag A 0004/07/4 ist mit dem Änderungsantrag A 0004/07/3 identisch.
Eine Abstimmung hat sich damit erübrigt.

4.1.5. Veräußerung von Anteilen der Weihnachtsmarkt GmbH
Vorlage: S0036/07

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07

Der Antrag wurde vertagt, da der Fachausschuss KRB den Antrag noch nicht beraten hat.

4.2.1. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/1

Siehe Punkt 4.2.

4.2.2. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/2

Siehe Punkt 4.2.

4.3. Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
Vorlage: A0022/07

Der Antrag wurde durch SR Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, am 19.04.07 im Jugendhilfeausschuss zurückgezogen. Siehe auch Hinweis des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stadtrat Westphal, dazu.

4.3.1. Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
Vorlage: S0071/07

Siehe Punkt 4.3.

5. Informationen

5.1. Auswertung des sog. "Seitz-Gutachtens" des Landes
Vorlage: I0078/07

Der Bg I macht anhand von Folien ergänzende Ausführungen zur vorliegenden Information.

Er geht dabei schwerpunktmäßig auf

- die Stellenentwicklung in der LH MD
- die Auswirkungen der Kita-Ausgliederung und der Eigenbetriebsbildungen auf die Stellenentwicklung der LH MD ab 2002 (Nettostelleneinsparung)
- die Zusammensetzung der Nettostelleneinsparung
- und in allgemeinen Ausführungen und in einer Vergleichsbetrachtung auf das Seitz-Gutachten

ein.

Er legt dar, dass das Seitz-Gutachten in seinen Aussagen der LH MD nicht wirklich weiter hilft. Die LH MD weist im Vergleich mit anderen Städten im Hinblick auf die Personalkostenkonsolidierung ein gutes Ergebnis auf. Der kommunale Teil des Gutachtens wurde durch die LH MD in einem 7seitigen Schreiben widerlegt. Er geht im Folgenden auf die geplanten weiteren Schritte zur Personalkostenreduzierung der LH MD ein und kündigt an, dass Details in einer zu erarbeitenden Drucksache beschrieben werden. Das Konzept soll noch vor der Sommerpause vorliegen.

Bg I legt auf Nachfrage des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion dar, dass das Seitz-Gutachten des Landes im Internet eingesehen werden kann.

Weitere in der Diskussion aufgeworfene Fragen u.a. zur Aufgabenübertragung durch das Land werden durch den Oberbürgermeister und Bg I beantwortet.

Der Oberbürgermeister stellt in diesem Zusammenhang klar, dass im Zuge der HH-Konsolidierung durch die Stadt keine Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis übernommen werden.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

6.1. Mandatos

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, verweist auf notwendige Überlegungen der Verwaltung über eine bildschirmgerechte Form der Verhandlungsgegenstände.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass die Verwaltung für konstruktive Hinweise offen ist.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Karin Köhne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Vertreter

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Hubert Salzborn

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Wigbert Schwenke